



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/213 - 15. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 880 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Baukosten Bonns	S. 1
Arabischer Untergrund und griechische Zyprioten	S. 3
Wer bezahlt?/ Eine Frage an Erhard	S. 5
"fp" - Eine neue Wochenzeitung	S. 6
Zum Tode Albert Deutels	S. 8

Eine Viertelmilliarde provisorisch verbaut

U.D. Als sich im Sommer 1949 der Parlamentarische Rat und einige Monate darauf noch einmal der Bundestag mit der Frage beschäftigten, in welcher Stadt die obersten Bundesorgane ihren Sitz nehmen sollten, rückten die Befürworter Bonns das Argument der Sparsamkeit besonders in den Mittelpunkt. Hier wären in Anbetracht der vielen leerstehenden Kasernen genügend Räume für die Bundesregierung und ihre Ministerien vorhanden, und man verwies auf die Feststellungen einer Sachverständigenkommission, wonach die Kosten auf 3,8 Millionen DM zu veranschlagen seien.

Man muss schon weit in den Akten der deutschen Parlamentsgeschichte zurückblättern, um einen auch nur annähernd ähnlichen Fall der Vorspiegelung falscher Tatsachen zu finden. In diesen Tagen nämlich hat die Bundesregierung endlich einem sozialdemokratischen Antrag vom 1. Dezember vorigen Jahres entsprochen und der Öffentlichkeit die Höhe der Kosten der Bonner Bundesbauten mitgeteilt. 267 119 700 DM hat diesen Zahlen zufolge die Bonner Bauwut der deutschen Steuerzahler gekostet. Rund siebzigmal mehr als die Experten errechnet zu haben glaubten! Freilich waren sie auch nur von acht Ministerien ausgegangen und konnten nicht ahnen, dass die wesentlich kleinere Bundesrepublik bald mehr Beamte haben würde als das Deutsche Reich zu Weimars Zeiten.

Der ob seiner Pfennigfuchserel und Sparsamkeit stets so gelobte

Bundesfinanzminister Schäffer erzählte noch am 17. Oktober 1949 einem Bundestagsausschuss, er würde in seinem Ministerium mit 386 Köpfer auskommen. Sieben Jahre später waren es dann aber 1 366 geworden. Für das Finanzministerium hielt Schäffer im September 1950 etwas über zwei Millionen DM für ausreichend, jetzt schreibt er in seinem Bericht an den Bundestag ziemlich kleinlaut "Erweiterungsbauten Rheindorfer Strasse 9,9 Millionen".

Auch wer einsieht, dass Behörden bis zu einem gewissen Grade nun einmal sein müssen und Geld kosten, fragt sich beim Studium dieses Berichtes beklommen, wieso eigentlich das Bundespostministerium für 30 Millionen von Frankfurt am Main nach Bonn geholt werden musste, wo es doch bereits einige Jahre zu aller Zufriedenheit dort gearbeitet hatte und es seinem Charakter nach als Spitze eines Wirtschaftsbetriebes weise Gott nicht zum Regieren berichtigt wird. Und musste man in das Museum Alexander König, das dem Bundeskanzleramt als nur zeitweilige Unterkunft diente, Telefonanlagen für 118 000 Mark einbauen? Muss man für eine Repräsentationswohnung des Außenministers eine halbe Million ausgeben, wenn die gleiche Wohnung des Präsidenten der Volksvertretung bereits für 91 000 Mark zu haben war? Aber so wie das Auswärtige Amt allein 25,4 Millionen, mithin das Vierfache der ursprünglich für alles veranschlagten Summe, gebraucht hat, kostete der Neubau des völlig überflüssigen Presseamtes 5 Millionen. Den bisherigen Bonner Rekord schlägt allerdings das neue Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe: 55 Millionen, die für die dort beschäftigten Personen benötigten mindestens 2 000 Wohnungen nicht mit einbegriffen.

Was der Bundeswirtschaftsminister laufend einem Volk empfiehlt, das den Krieg verloren hat und dessen freier Teil auf die Hälfte seines früheren Territoriums geschrumpft ist, nämlich sparsam zu leben und keinen unangemessenen Aufwand zu treiben, hatte im Kreis der Bonner oberen Zehntausend keine Gültigkeit. Hier heisst es: repräsentieren. Die Bundesgeschäftsstelle der an Mitgliedern stärksten deutschen Partei, der SPD, richtete sich in Bonn in Baracken ein. Der CDU-Abgeordnete Hilbert aber berichtete dem Plenum des Bundestages in einem Ausschussbericht am 27. Juni 1956 über den Mehrheitsbeschluss, "bei besonderer Dringlichkeit" immer noch weiter zu bauen, u.a. mit dem charakteristischen Satz "dass eine Unterbringung der obersten Bundesbehörden etwa in Baracken unmöglich sei."

15. 9. 1956

Französische Truppen auf Zypern - ein neuer
Unsicherheitsfaktor

Von unserem ständigen Balkan-Korrespondenten

Zwei französische Divisionen, die bisher in Algerien stationiert waren, sind jetzt nach Zypern übergeführt worden. Die französische Regierung hatte behauptet, dass diese Massnahme dazu beitragen würde, einen Druck auf die ägyptische Regierung in der Frage des Suez-Konfliktes auszuüben, und für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen eine bessere Ausgangsposition in der Möglichkeit einer kriegerischen Lösung schaffen würde. Andererseits scheint es aber so, als ob die englische Regierung nicht nur dieses Ziel bei dieser Massnahme verfolgt hätte, sondern die Anwesenheit französischer Truppen auch deswegen für erwünscht gehalten hätte, um die schon sehr kritische Lage auf der Insel noch mehr zu verwirren. So hat der britische Gouverneur der Insel, Sir John Harding, ein Dekret unterzeichnet, nach dem die Anwesenheit von ausländischen Truppen für "Besuche" erlaubt ist.

Inzwischen hat Syrien bei den Vereinten Nationen eine Erklärung abgegeben, in der es gegen dieses Zusammenziehen ausländischer Truppen nicht nur als einer Provokation gegenüber den Staaten dieses Raumes, sondern auch als einer Bedrohung des Weltfriedens und eines Verstosses gegen die Prinzipien der UNO protestiert. Weiter heisst es in dieser Erklärung, dass dieses Verhalten ein klassisches Beispiel für die koloniale Politik des XIX. Jahrhunderts sei. Diese Stationierung ausländischer Militärtruppen auf Zypern bedrohe die Freiheit der eben erst den kolonialen Fesseln entgangenen arabischen Länder. England und Frankreich versuchten jetzt auf diese Weise das, was ihnen in dem letzten Jahrzehnt verlorengegangen sei, wieder zu erlangen.

Diese energische Reaktion in Syrien und Libanon trat gerade deswegen ein, weil beide Länder unter einem Mandat des Völkerbundes mit französischer Besetzung gestanden hatten, und aus diesem Grunde für Bewegungen französischen Militärs viel empfindlicher als englischer Truppen sind. Die britische und französische Rechtfertigung für ihre Handlungsweise wurde als Ausflucht bezeichnet.

In der arabischen Presse war in letzter Zeit viel von einer Untergrund-Armee der arabischen Länder die Rede, die in allen Staaten

15. 9. 1956

bestehen soll. Die ägyptische und syrische Presse hat sogar behauptet, dass diese Truppen nicht nur in der Lage wären, die anglofranzösischen Erdölvorkommen des Mittleren Ostens, sondern auch die militärischen Stützpunkte im Falle einer Aggression gegen Ägypten zu vernichten. Diese Untergrundarmee heisst "Orumpa", d.h. "Arabismus". Der Leiter unterzeichnet seine Anordnungen mit "Kolonel Kanout". Viele halten ihn identisch mit dem palästinensischen Araber Tefik Toukan, der am Zweiten Weltkrieg als Offizier der englischen Armee teilgenommen hat. In letzter Zeit hielt er sich in Beirut auf.

Die halboffizielle ägyptische Nachrichtenagentur des Mittleren Ostens hat viele Publikationen über die "Orumpa" herausgegeben. Sie hat sogar die Überzeugung ausgesprochen, dass die Zahl der Angehörigen dieser Untergrundbewegung die Zahl der englischen und französischen Truppen in diesem Raum übersteige. Es gibt gut unterrichtete Kreise, die behauptet haben, dass zwischen diesem islamischen Geheimbund und der zypriotischen Befreiungsorganisation EOKA eine engere Verbindung bestehe. Man sagt, dass der Führer der EOKA der Oberst Grivas sei, der seine Verkündigungen mit "Digenis", das ist der Name eines griechischen Helden aus dem Mittelalter, unterschreibt. Grivas war während des Zweiten Weltkrieges Leiter der nationalistischen griechischen Widerstandsbewegung gegen die Achsenmächte.

Der höchste Würdenträger der griechischen zypriotischen Kirche - (nach der Verbannung von Erzbischof Makarios und der Internierung seines Nachfolgers, des Bischofs von Kitiou, Anthimos, die in den letzten Tagen stattfand) - der Bischof von Salamis, hat zur Ankunft der französischen Truppen in einer scharfen Verlautbarung erklärt, dass durch diese Massnahme die ernste Lage noch weiter kompliziert würde. "Das zypriotische Volk betrachtet die Ankunft französischer Truppen als eine gegen es gerichtete Tat und die Soldaten als Feinde", erklärte die EOKA in einer Verlautbarung.

In diplomatischen Kreisen Athens hat man seine Enttäuschung nicht zurückgehalten. Man befürchtet, dass die Erbitterung im griechischen Volk gegenüber der englischen Politik in Zypern auch auf Frankreich übergreifen wird. In den letzten Monaten trat der Wunsch nach einer Revision der Aussenpolitik Griechenlands nicht nur bei der Opposition, sondern auch in Kreisen der Konservativen auf.

Eine Frage an Minister Erhard

Von Max Seidel, Fürth, MdB.

Dieser Tage erschien in vielen deutschen Tageszeitungen und Illustrierten ein langer Monolog, oft als Text getarnt, über die Wohltat der "sozialen Marktwirtschaft", vom Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Ludwig Erhard, selbst unterzeichnet. Dieser Wirtschaftsmonolog gehört nicht mehr zum redaktionellen Teil der Zeitung, er stellt, für jeden ersichtlich, einen Teil des Anzeigengeschäftes dar.

Wenn Herr Prof. Erhard jetzt selbst zur Feder greift, um seine Wirtschaftspolitik zu popularisieren und den Widerspenstigen im Wirtschaftsleben Moral zu predigen, so ist das seine Sache. Vielleicht sind die früheren sozialen Marktwirtschaftsdialoge, die von "Fritz" und "Otto" im Anzeigenteil der Zeitungen standen, überholt, nicht mehr glaubhaft, zugkräftig oder wirksam genug, deshalb muss der Chef selber mit Bild und Unterschrift tätig werden. Dieser Wechsel in der Form der Propaganda für Erhards Wirtschaftspolitik ist aber nicht das Auffällende und Wesentliche. Was auffällt und weswegen ich von vielen Bürgern gefragt werde, ist die Tatsache, dass unter Erhards Inserat die frühere ständige Unterzeile fehlt:

"Die Waage-Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs
EV Köln am Rhein - Vorsitzender: Franz Greiss."

Mit dieser Unterzeile wusste jedermann, von diesem Verein wird das Inserat bezahlt. Ob das heute auch noch so ist? Ob Herr Prof. Erhard diesmal selber bezahlt? Ob die Mittel aus dem Bundeswirtschaftsministerium kommen oder aus dem 12-Millionen-Fonds des Herrn Adenauer bezahlt werden? Das wollen meine Fragesteller wissen.

Sie haben die Meinung, man müsste Herrn Prof. Erhard direkt fragen, denn er sei doch ein Mann, der einer Antwort auf eine vielleicht unbequeme Frage nicht aus dem Wege gehen wird.

So frage ich: "Herr Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, wer bezahlt die Inserate: Was steht zur Debatte. Eine neue Wirtschaftsgesinnung! Von Ihnen unterzeichnet, erschienen am Samstag, den 8. September 1956 in vielen deutschen Zeitungen. - Ich bitte Sie, die Antwort der deutschen Öffentlichkeit zu geben!"

Frisch und positiv

Eine neue Wochenzeitung

In der nördlichsten Stadt der Bundesrepublik, in Flensburg, ist am Donnerstag dieser Woche eine neue Wochenzeitung für Politik, Lokales und Unterhaltung erschienen. Im Geleitwort heisst es:

In Deutschland vollzieht sich im politischen Denken der Menschen ein Umbruch. Das eigene Haus ist meist in Ordnung gebracht. Der Blick richtet sich auf grössere Zusammenhänge. Ungelöst liegen als zentrale Aufgaben die Erreichung unserer nationalen Einheit und die Neu-Ordnung unserer Gesellschaft noch vor uns.

Wir haben gelernt, dass allein mit dem symbolischen Ausreisen von Grenzpfählen, unter dem Schlachtruf "Europa" hierzu kein bedeutender Beitrag geleistet wurde und auch nicht werden kann. So billig sind Schicksalsfragen einer Nation nicht zu lösen.

Wir haben gelernt, dass trotz dieses Schlachtrufes uneuropäisch gehandelt wurde. Wir wissen nun, dass echtes Selbstbewusstsein jedes einzelnen Voraussetzung zum wahren Zusammenleben der Völker ist. Ist dieses Selbstbewusstsein nicht vorhanden, bleibt "Europa" lediglich eine glänzende, aber im Grunde wertlose Verpackung für den zersetzenden Nationalismus vergangener Zeiten. Über kurz oder lang wird auch die neue Umhüllung von ihm zerfressen sein. Nur ohne nationale Minderwertigkeitskomplexe, nur im Willen, den anderen zu verstehen, ist ein gemeinsames Leben und Handeln möglich.

In Flensburg können wir die Probe darauf machen, ob wir dieser Aufgabe gewachsen sind.

Wir wissen, dass nationale und soziale Fragen unlösbar miteinander verknüpft sind. Man kann die eine nicht ohne die andere lösen. Wir werden ihnen um so eher gerecht als wir unsere eigene soziale und politische Ordnung, von der her wir im Denken und Haltung bestimmt sind, in eine vernünftige Verfassung bringen.

Die fp will dazu einen Beitrag leisten.

Die fp steht dort, wo das Herz der Menschen schlägt.

Die fp steht auf der Seite der schaffenden Bürger, die durch ihre Arbeit Gesellschaft und Staat tragen.

Die fp ist gegen die Herrschaft kleiner egoistischer Inter-

essengruppen, gleich welcher Herkunft.

Die fp will helfen, dass diejenigen, die Staat und Gesellschaft tragen, auch die Staatsgewalt bestimmen.

So soll die Zeitung in ihrem Inhalt sein:

fp - frisch-positiv

Geist, Aufmachung und Inhalt dieser Wochenzeitung tragen, wie schon die erste Ausgabe beweist, der Geleitwort Rechnung. Dem Verlag und der Redaktion wünschen wir zu ihrem Beginnen recht vielen Erfolg.

+ + +

Tagung des internationalen Arbeiterhilfswerks

In Innsbruck tagte kürzlich die Generalversammlung des Internationalen Arbeiterhilfswerks (IAE), welcher Delegierte der nationalen Hilfswerke in Frankreich, Belgien, Holland, Skandinavien, Deutschland, Österreich, der Schweiz und Vertreter befreundeter internationaler Arbeiterorganisationen beiwohnten.

Die Generalversammlung hat sich in intensiven Beratungen mit internationalen Wanderungsproblemen, mit dem internationalen Austausch von Kindern und Schülertauschen und mit Problemen der Hilfe in unterentwickelten Ländern befasst. Sie beschloss, ihre Tätigkeit, die bisher vor allem auf dem Gebiete der Flüchtlingsarbeit lag, auf die genannten Gebiete auszudehnen und die Arbeit der angeschlossenen nationalen Hilfswerke noch besser als bisher zu koordinieren. Mit besonderer Genugtuung vermerkte sie die Soforthilfe der angeschlossenen Organisationen in Katastrophenfällen, wie denjenigen in Indien, Marcinelle und im Zillertal.

Die Generalversammlung richtete einen dringenden Appell an alle Regierungen, dem Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen jene Mittel zur Verfügung zu stellen, deren er zur dringend notwendigen Weiterführung seiner Tätigkeit bedarf.

In die Leitung des Internationalen Arbeiterhilfswerks wurden der Belgier Jan Luyten als Präsident, Josef Afritsch (Österreich) und Giacomo Bernasconi (Schweiz) einstimmig wiedergewählt.

+ + +

Ein Leben der Hingabe

Einen schweren Verlust hat die Bremer Organisation der Sozialdemokratischen Partei erlitten. Albert Deutel, der erste Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Bremens, war zwar seit einigen Monaten erkrankt; dennoch kam sein plötzliches Hinscheiden für alle seine Freunde und Gefährten in schweren Jahren unerwartet.

Der Weg dieses Mannes, der sein Leben von allem Anfang an der Arbeiterbewegung widmete, weist keine Brüche auf. Seit früher Jugend gehörte Albert Deutel der Sozialistischen Arbeiterjugend des Bezirks Sachsen-Anhalt an. Sein Eifer, seine Hingabe und Freue brachten ihn früh in verantwortungsvolle Positionen, trugen ihm aber den unverwundlichen Hass seiner politischen Gegner ein. In den schweren Jahren des Dritten Reiches hielt Albert Deutel trotz Verfolgung die lebensgefährliche Verbindung mit den exilierten Sozialdemokraten im Ausland aufrecht und war zugleich die politische Stütze und Hoffnung seiner mit ihm in der Heimat verbliebenen Freunde.

Nach dem Zusammenbruch berief ihn die Sozialdemokratische Partei als Bezirksekretär für Sachsen-Anhalt nach Magdeburg. Seiner unermüdblichen Arbeit war ein erheblicher Teil der organisatorischen Erfolge der Sozialdemokratie in seinem Arbeitsbereich zu verdanken. Scharfe Gegnerschaft gegen die Kommunisten und die Zwangsvereinigung trugen ihm den Hass der SED ein und drängten ihn aus der politischen Arbeit in die Konsumgenossenschaftsbewegung, in der er noch unter Opfern bis 1948 tätig war. Dann zog sich das Netz seiner Verfolger um ihn so zusammen, dass er gezwungen war, die Zone zu verlassen.

In der Bundesrepublik widmete er sich zunächst der Fürsorge der gleich ihm politisch verfolgten Sozialdemokraten aus der sowjetisch besetzten Zone. Ihre Eingliederung in das politische Leben und ihre soziale Existenz war ihm Herzenssache; an sich selbst dachte er immer zuletzt.

Die Bremer Parteiorganisation, auf das selbstlose Wirken dieses Mannes aufmerksam geworden, berief Albert Deutel als ihren 1. Sekretär. Wenn heute die Bremer SPD organisatorisch fest gefügt und in Bremens Bevölkerung und im Parlament als führende politische Kraft verankert ist, dann ist dies auch mit ein Ergebnis des unermüdblichen Fleißes Albert Deutels.

Seine Freunde stehen erschüttert an seiner Bahre. Mit 51 Jahren war das Leben dieses Mannes noch lange nicht vollendet und mit vielen Hoffnungen für die Zukunft erfüllt.